

Für eine Finanzwirtschaft, die der Gesellschaft dient

Forderungskatalog¹ des [Netzwerks Geld-Kompass Heidelberg](#)
anlässlich der Wahl des EU-Parlaments am 26. Mai 2019

Warum wir jetzt einen Wandel brauchen

Eine grundlegende Reformierung des Finanzsystems, welche in der Finanzkrise 2008 versprochen wurde, hat bis heute nicht stattgefunden:

Finanzunternehmen privatisieren weiterhin Gewinne geschäftlicher Aktivitäten, welche vielfach keinen sozialen Nutzen haben, während sie Verluste sozialisieren. So sorgen sie für eine weiter **wachsende Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Teilen der Gesellschaft.**

Indem sie die auf fossilen Ressourcen aufbauende Wirtschaft unterstützen, **verstärken Finanzunternehmen auch den Klimawandel und seine Auswirkungen.**

Die Finanzunternehmen, die dieses System am Laufen halten, wurden in der letzten Krise nicht zur Rechenschaft gezogen, und werden dies auch bei den aktuellen Problemen nicht. **All dies muss sich sofort ändern.**

Wir fordern eine grundlegende Reform des Finanzsystems, damit dieses wieder der Realwirtschaft und der Gesellschaft dient!

Durch einen Wandel des Finanzsystems können wir die Finanzwirtschaft als Instrument einsetzen, um die dringenden und miteinander verknüpften wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Probleme anzugehen, die dringend für die Bürgerinnen und Bürger gelöst werden müssen.

Wir müssen die Machtbalance verschieben, um gemeinsam ein neues Finanzsystem zu gestalten, dem die Bevölkerung vertrauen kann und das eine faire und nachhaltige Zukunft unterstützt. Dies wird sicherstellen, dass künftige Krisen nicht durch das Finanzsystem ausgelöst werden können und somit ernsthafte Folgen für die Gesellschaft verhindert werden.

Was getan werden muss

Um die notwendigen Änderungen herbeizuführen, schlagen wir folgende Reformen für das Finanzsystems vor:

STABILISIERUNG DES FINANZSYSTEMS

- Verkleinerung großer Finanzunternehmen auf eine für die Gesellschaft verträgliche Größe durch eine Trennung von klassischem Bankgeschäft und Investmentbanking

¹ In Anlehnung an einen Forderungskatalog der NGO [Finance Watch](#) in Brüssel zur EU-Wahl 2019

- Einführung einer **wirksame Schuldenbremse**, indem Banken mindestens 10% risiko-ungewichtetes Eigenkapital vorweisen müssen
- **Unterbindung von schädlichen Spekulationen** und Vermeidung von Blasenbildung durch eine Verringerung der Schattenbankenaktivitäten, eine EU-weite Finanztransaktionssteuer sowie die Beendigung der Tranchierung und Verbriefung von Sicherheiten
- **Bewertung und Berücksichtigung aller Risiken** von Bankaktivitäten und zwar auch derer, welche durch soziale Veränderungen und Umweltschäden entstehen können

DEMOKRATISIERUNG DES FINANZSYSTEMS

- **Förderung kleiner, lokaler, kommunaler und ethischer Banken**, unterschiedlicher Eigentumsstrukturen und Vertretung einer breiten Palette von Interessengruppen (z.B. öffentliche Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Banken im Eigentum von gemeinnützigen Stiftungen)
- **Freisetzung öffentlicher Investitionskapazitäten** durch Anpassung der Defizitregeln, Änderung der Ausgabenprioritäten und/oder Stärkung der Steuereinnahmen.
- **Einführung einer Rechenschaftspflicht privater Finanzinstitute** für die Auswirkungen ihrer Kreditvergabe und Investitionen in Hinblick auf die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung
- **Reduzierung des Einflusses der Finanzlobby** durch einen transparenten Gesetzgebungsprozess und die angemessene Berücksichtigung des öffentlichen Interesses an der Regulierung des Finanzsystems
- **Stärkung der Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem Europäischen Parlament** in Bezug auf die Auswirkungen ihrer Geldpolitik auf Ungleichheit, Klimawandel, Umweltzerstörung und nachhaltige Entwicklung der Volkswirtschaften und Gesellschaften der EU
- **Verstärkte Förderung von Organisationen und Institutionen, die sich um die unabhängige, finanzielle Aufklärung von Bürgerinnen und Bürgern bemühen**

NEUAUSRICHTUNG AUF FINANZIERUNG NACHHALTIGER INVESTITIONEN

- **Verlagerung der Kapitalströme zu nachhaltigen Investitionen** zur Erreichung der Pariser Klimaziele und der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) durch strikte Maßnahmen im Rahmen des „EU-Aktionsplans zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums“
- Einführung eines **verbindlichen EU-Labels für Finanzprodukte**, welches nur an solche Finanzprodukte vergeben wird, die Umwelt (E), Gesellschaft (S) und nachhaltige Unternehmensentscheidungen (G) fördern (s.g. „ESG“-Kriterien)
- Etablierung einer **ESG-Berichterstattung für Finanzunternehmen**, die einem verbindlichen, gemeinsamen und EU-weit angeglichenen Berichtsrahmen unterliegt
- Sicherstellung, dass **Zentralbanken und Regulierungsbehörden Klima-, Umwelt- sowie soziale Risiken** bei der Durchführung ihrer geldpolitischen und aufsichtsrechtlichen Aufgaben **angemessen berücksichtigen** (z.B. bei den Eigenkapitalanforderungen und Stresstests)